

# *Chronik eines angekündigten Krieges*

*Über Lügen, Geschäfte, Macht und die feige Bequemlichkeit der Medien.*

*Von Norbert Schulz-Bruhdoel*

*„Die Sprache ist den Menschen gegeben,  
um ihre Gedanken zu verbergen.“*

Charles-Maurice Duc de Talleyrand-Périgord

**Der Krieg im Irak war nicht zu verhindern, er war von langer Hand geplant und dient völlig anderen Zielen, als sie öffentlich diskutiert werden. Ein skandalöses Versagen der Medien in den USA und in Europa hat dazu beigetragen, dass alle Versuche der Europäer, die Amerikaner zu stoppen, scheitern mussten.**

Lügner müssen bekanntlich den Überblick behalten. Der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte am Persischen Golf, General Robert W. Myers sagte am 17. März 2003 in einem Fernsehinterview für CNN: „Mit Abwehrfeuer ist nicht zu rechnen. Wie auch, wir haben durch unsere Angriffe während der letzten Monate die Luftabwehrstellungen des Irak nahezu vollständig vernichtet.“ – Ob dies stimmt, werden wir bald wissen. Und wenn es stimmt: Was rechtfertigt dann ein Bombardement, das laut Ankündigungen der US-Militärs in 48 Stunden so viel Sprengkraft zu Boden bringen will wie während des gesamten sogenannten 2. Golfkriegs von 1991?

Der aktuelle Golfkrieg begann nicht in der Nacht vom 19. auf den 20. März, sondern irgendwann im Herbst 1998. Seither haben Amerikaner und Briten fast täglich Luftangriffe auf irakische Ziele geflogen, allein in den Monaten Januar und Februar 2003 insgesamt 132 <sup>1)</sup>. Und die meisten davon reichten über die Flugverbotszonen hinaus, die von den USA und Großbritannien 1991 im Süden und Norden des Irak eingerichtet worden waren. Die Uno hat übrigens diese Verbotszonen geduldet, aber niemals aktive Kriegshandlungen gedeckt.

Nach dem 1991 verlorenen Krieg verfügt der Irak nach offiziellen Angaben der US-Regierung <sup>2)</sup> über etwa 300 veraltete Kampfflugzeuge. Die Bodentruppen besitzen zwar schätzungsweise 5000 Panzer, doch die meisten davon dürften wenig mehr als Schrottwert haben. Ein massives Embargoregime, gekoppelt mit ständigen Kontrollflügen über den Flugverbotszonen, verhindert sein elf Jahren selbst die Einfuhr von Medikamenten für Herzkranke, weil das darin enthaltene Nitroglyzerin von den Amerikanern als „waffentaugliche Substanz“ eingestuft worden ist.

An diese Fakten hätten sich Briten und Amerikaner erinnern sollen, als sie dem Irak den Besitz von Massenvernichtungsmitteln vorwarfen. Ernsthaftige Hinweise auf Nuklearmaterial hat es nie gegeben, nennenswerte illegale Importe konventioneller Waffen allem Anschein nach ebenso wenig. Jedoch: Weder die britische Regierung noch die Bush-Administration scheuten davor zurück, dem UNO-Sicherheitsrat gefälschte Dokumente vorzulegen, um Beweise zu präsentieren, die es nie gab. Warum? Der Irak besitzt vielleicht Massenvernichtungsmittel in Gestalt gefährlicher Giftgase und Krankheitserreger. Darüber allerdings wissen die Amerikaner sehr gut Bescheid, weil sie diese Stoffe zwischen 1979 und 1985 selbst nach Bagdad geliefert hatten. Hätten die Waffeninspektoren rund um Hans Blix erfahren, um welche Mengen welcher Stoffe, welche Lieferorte und exakte Bezieher, welche Verpackungen und welche Abfüllgrößen es sich handelte, hätten sie gezielt danach suchen können. Und vielleicht hätten sie dann tatsächlich festgestellt, dass in den Jahren des Kontrollregimes von 1991 bis 1998 nicht alles gefunden und vernichtet worden ist. Aber die Amerikaner empfanden, Fragen nach den damaligen Lieferungen berührten heute die „nationale Sicherheit“ und schwiegen. Warum?

Nein, es ging nie um Massenvernichtungsmittel. Es ging auch nie um Saddam Hussein, der sein Volk versklavt hat und Gegner auf bloßen Verdacht hin foltern und umbringen lässt. Das hat die empfindsamen Seelen in Washington und London nie gestört, wenn die bilateralen Beziehungen nützlich waren – seinerzeit in Pinochets Chile wie in Muscharrafs Pakistan

Nein, darum geht und ging es nie. Es geht um die Kontrolle über ein geostrategisch wichtiges Land. Der Irak ist ein wichtiges Stück im Puzzle um die Macht über 80 Prozent der bekannten Erdölreserven. Wer diese Macht hat, sichert sich über lange Zeit eine Position, die nahezu alle Staaten dieser

Erde zu abhängigen Vasallen der einzig verbliebenen Supermacht degradiert. Es war eiskaltes Kalkül, das zunächst ein Problem schuf, um es dann im Sinne des Verursachers lösen zu können. Aber davon sprach man nicht. Erst jetzt, nachdem der Krieg begonnen hat, deuten einige wenige Politiker und Medienleute die bittere Wahrheit an, die sie alle schon lange kennen.

## A) Die Fakten

### Die Theorie – eine neue Weltordnung

Die Geschichte von Lug und Trug beginnt Anfang der neunziger Jahre in einigen „Think Tanks“, wo die amerikanischen Regierungen denken lassen.

Damals, unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihres Satellitensystems, durchdachten unter anderen Richard Perle, Paul Wolfowitz und Condoleezza Rice, die zukünftige Rolle der Vereinigten Staaten als einzig verbliebener Supermacht.

Sie erkannten, dass die Strukturen der Weltpolitik Regeln und Notwendigkeiten folgten, die auf den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und vor allem des „Kalten Krieges“ beruhten. Aus der Erfahrung des Versagens des Völkerbundes war der Weltsicherheitsrat geschaffen worden, ein Gremium, das allein die Legitimation besitzt, den kriegerischen Austrag eines Konfliktes zu beschließen.

Der Kampf gegen Hitlerdeutschland und Japan hatte die Amerikaner zur militärischen Weltmacht mit ständigen Stützpunkten in Europa und Ostasien gemacht. Der Kalte Krieg mit seinen „Stellvertreterkriegen“ in Korea und Vietnam, die wiederholten Krisen um Berlin, Kuba, den Iran, den Kongo, schließlich die Installation mehr oder minder sozialistischer Regime in Ägypten, Syrien, Libyen und dem Yemen, verstärkte die amerikanische Präsenz auch im Mittelmeer, in Vorderasien und in Teilen Afrikas.

Nato und Seato – Militärbündnisse zum Schutz Europas beziehungsweise Süd- und Ostasiens, Australiens und Neuseelands vor kommunistischen Machtgelüsten – standen unangefochten unter US-Oberhoheit. Seit dem ersten Nahostkrieg von 1948 verstanden sich die USA zudem als Schutzmacht Israels.

Perle, Wolfowitz und andere stellten die Frage: Welchen Sinn haben diese Strukturen, wenn es nicht länger ein Machtgleichgewicht gibt, sondern ein einziges Machtzentrum?

Die Denker kamen zu dem Urteil, dass diese Strukturen überholt und schlecht sind. Die USA, so schrieben sie schon damals in klaren Worten auf <sup>3)</sup>, sollten ihre momentane Rolle als einzige Supermacht nutzen, um andere, bessere Strukturen zu schaffen:

- 1) Die Vereinten Nationen und vor allem der Weltsicherheitsrat müssen eine weniger politische Rolle zugewiesen bekommen – das ist der notwendige erste Schritt, weil sonst die einzige Weltmacht USA ihre Vorstellungen von den neuen Strukturen der Welt nicht durchsetzen könnte. Für die einzige Weltmacht ist es nicht hinnehmbar, z.B. im Weltsicherheitsrat ihre Interessen am „Nein“ eines unbedeutenden afrikanischen Staates ausrichten zu müssen.
- 2) Als Folge davon werden alle Fragen des Völkerrechts neu zu bewerten sein, die letztlich aus der Praxis der Vereinten Nationen heraus entwickelt worden waren, um die „alte Welt“ zu reglementieren. Für die einzige Weltmacht kann nicht buchstabengetreu gelten, was für einen Kleinstaat vom Range Dänemarks richtig sein mag.
- 3) Die Nato und die Seato müssen sich gleichfalls neu definieren. Für die USA ist es nicht sinnvoll, in den Gremien dieser Organisationen Mehrheiten zu organisieren, mit der Folge – ähnlich wie in den UN – dem Quengeln z.B. Belgiens oder Taiwans nachgeben zu müssen.
- 4) Staaten und Einrichtungen, welche die Entfaltung der Interessen der USA stören oder gar behindern könnten, müssen konsequent unter Druck gesetzt werden können – notfalls auch unter militärischen Druck.
- 5) Insbesondere gilt dies für die Feinde Israels, das als einzige Demokratie nach westlichem Vorbild in der Region und als ideelle Heimat von etwa drei Millionen jüdischen Amerikanern zu schützen ist – gleichfalls zur Not durch militärisches Eingreifen in Nahost.
- 6) Die Interessen der USA sind nicht zu trennen von den Interessen der amerikanischen Wirtschaft. Diese künstliche Trennung von Politik und Unternehmertum ist in Zeiten zunehmender

Globalisierung – d.h. realiter stärkster Expansion amerikanischer Unternehmen in alle Weltregionen – unrealistisch.

Wie eine Gebrauchsanweisung liest sich „The Grand Chessboard“<sup>4)</sup> von Zbigniew Brzezinski, bis 1978 Sicherheitsberater des Präsidenten Jimmy Carter und später Leiter des CIA-finanzierten Think Tanks „Council on Foreign Relations“, aus dem Condolezza Rice hervor ging. Er fasst 1997 zusammen, wie die künftige Politik der USA aussehen sollte. Zwei Jahre zuvor hatte Samuel Huntington in „Clash of Civilizations“<sup>5)</sup> ausgebreitet, welche Gefahren für die Vorherrschaft der westlich-amerikanisch geprägten Kultur durch das Erstarken des Islam drohen. Er hat damit zusammen mit Brzezinski Kimme und Korn für die Zielfestsetzung der Militärstrategen im Pentagon geliefert.

Die Wahl von Bill Clinton 1992 verhinderte, dass diese Gedankenspiele schon damals in praktische Politik umgesetzt wurden, denn die Clinton-Administration und die sie tragende Demokratische Partei hielten nichts von dem neuen Unilateralismus. Da alle Versuche scheiterten, Clinton über eine Fülle von gezielten Medieninformationen und die damit verbundenen Skandale und Skandalchen oder über die Peinlichkeiten rund um die Lewinski-Affäre zu stürzen, dauerte es bis zur Wahl von George Bush junior, bis die Denker von damals handeln konnten.

### **Die Praxis – der Bushismus**

Heute ist Paul Wolfowitz Stellvertreter des Verteidigungsministers, Condolezza Rice amtiert als Sicherheitsberaterin des Präsidenten, Richard Perle ist einer der einflussreichsten Berater von George Bush.

Die ersten außenpolitischen Amtshandlungen der Regierung George W. Bush dokumentieren, dass sich die Denker von damals behaupten: Aufkündigung der Abrüstungsverträge mit Russland, Nichtratifizierung des Kyoto-Abkommens zum Klimaschutz, Nichtanerkennung des Internationalen Gerichtshofs der Vereinten Nationen, rückhaltlose Unterstützung des Vorgehens von Israels Premier Ariel Sharon.

Die Umsetzung der zehn Jahre alten Pläne ist in vollem Gange. Die Strippenzieher im Hintergrund verfügen über das Glück, einen idealen Frontman zu besitzen:

George W. Bush ist als Spross einer alten Familie aus Neuengland, die sich in Texas angesiedelt hat, sowohl für Yankees als auch für Südstaatler akzeptabel. Er ist nicht sehr intelligent, redet starken texanischen Akzent, war als Geschäftsmann nicht eben erfolgreich – mit ihm können sich viele Durchschnittsamerikaner leicht identifizieren.

Auch seine offensiv zur Schau gestellte Religiosität ist in den Vereinigten Staaten für ihn ein Vorteil. Ob durch die schädlichen Folgen früheren Alkoholmissbrauchs oder durch ein Wunder – George W. Bush jedenfalls ist fest überzeugt, zu den Wiedergeborenen, vom Herrn Auserwählten zu gehören, die der Welt den richtigen, christlichen Weg weisen sollen. Die amerikanisch-religiöse Kultur mit ihrer naiven Überzeugung, in „God's own country“ zu leben, bestätigt christliche Fundamentalisten wie George Bush immer wieder in ihrer Besonderheit.

Und der richtige Weg ist der amerikanische – einschließlich aller banalen Details. Icecream statt Datteln, Cadillac statt Kamel, Demokratie statt Inschallah – diese Segnungen sind gut für Amerika, also sind sie gut für die ganze Welt; diese Überzeugung durchzieht jedes Wort des Präsidenten und jede Zeile seiner „Denker“ im Hintergrund.

Im Falle des Irak kommt gewiss hinzu, dass „die Hure Babylon“ dort ebenso zu finden ist wie Ninive. Orte, die im Alten Testament als Inbegriff des Satanischen verflucht werden. Für George W. Bush und seine Glaubensbrüder ist die gedankliche Welt des Alten Testaments integraler Bestandteil ihres Christentums. Die manichäisch anmutende Teilung der Welt in gut und böse ist Menschen dieses Schlages ebenso selbstverständlich wie die Ableitung, dass Coca-Cola gut und Wodka böse ist. Für George Bush Junior kommt die eher private Komponente hinzu, dass er die Chance hat, einen vermeintlichen Fehler seines Vaters wieder gut zu machen. Der hatte 1991 den Golfkrieg abgebrochen, als Kuwait von den Truppen Saddams befreit war. Der damalige Oberkommandierende und heutige Außenminister Colin Powell bezeichnete es als seine größte Demütigung, dass er seinerzeit Saddam Hussein habe ziehen lassen müssen.

Diese Gedankenwelt liefert den Hintergrund für Entscheidungen des Präsidenten, die „die Denker“ Perle, Wolfowitz und Rice aus gänzlich anderen Motiven herbeiführen wollen.

## Nine-Eleven – Zynismus hat Konjunktur

Die Errichtung einer neuen Weltordnung ist allein mit friedlichen Mitteln nicht zu schaffen – auch das haben die Denkerstirnen im veröffentlichten Teil ihrer Gutachten freimütig eingeräumt.

So stand auch ein militärisches Vorgehen in Afghanistan lange fest, bevor dort Osama Bin Laden, seine Al-Quaida-Kämpfer und das Talibanregime als ihre Gastgeber gejagt und zerbombt wurden: Seit 1998 liefen Verhandlungen zwischen den USA und den Taliban über den Bau einer Pipeline durch Afghanistan. Mit dem Antritt der Bush-Regierung Anfang 2000 wandelten sich die Verhandlungen zum Diktat. Als die Taliban wegen dieses neuen Tons die Verhandlungen im Juni 2001 abbrachen, begannen im Pentagon die Vorbereitungen für eine militärische Entmachtung der Glaubenskrieger. <sup>6)</sup> Zunächst brauchte es jedoch einen ausreichenden Anlass, der vor allem die amerikanische Öffentlichkeit, aber auch die öffentliche Meinung weltweit dafür bereit machte, militärisches Vorgehen zu akzeptieren.

Die Anschläge vom 11. September 2001 können ein Himmels Geschenk gewesen sein, das die Terroristen den Planern im Weißen Haus machten. Zeitpunkt und Umstände lassen eine brillante Inszenierung unter Federführung der amerikanischen Geheimdienste nicht weniger wahrscheinlich erscheinen. Eine Fülle von Indizien <sup>7)</sup> deutet in die Richtung, Osama bin Laden und seine Al-Quaida könnten das Instrument gewesen sein, um Planungen von Mitgliedern der US-Administration umzusetzen. Um nur zwei Details herauszugreifen:

- 1) Der nierenkranke Bin Laden konnte sich vom 4. bis 14. Juli 2001 im American Hospital in Dubai behandeln lassen, obwohl er damals wegen diverser Attentate auf US-Einrichtungen bereits seit Jahren weltweit ganz oben auf der Top-Fahndungsliste stand. Er bekam sogar erwiesenermaßen am 14. Juli 2001 Besuch vom örtlichen CIA-Chef der US-Air Base in der Klinik. <sup>8)</sup>
- 2) Obwohl die Ermittlungen über die Täter vom 11.9. zahlreiche Ungereimtheiten und Widersprüche aufwiesen, wurden sie auf Anordnung des Weißen Hauses am 18. Februar 2002 eingestellt. Am 27. Mai 2002 wurde die „Bin Laden Task Force“ des FBI auf Anordnung des Weißen Hauses aufgelöst. Die bisher ermittelten Fakten sind nicht zugänglich – aus Gründen der „nationalen Sicherheit“. <sup>9)</sup>

Nach den Septemberanschlägen war die amerikanische Öffentlichkeit reif für militärische Optionen. Vielen ging es gar zu langsam, bis endlich in Afghanistan aufgeräumt wurde. Aber die USA verhielten sich ein letztes Mal so, als wäre alles beim alten. Sie zimmerten geduldig eine weltweite Koalition, welche die Taliban mit vereinten Kräften angriff und schließlich entmachtete.

Die weltweite Empörung über die Zerstörung des World Trade Center und die 3000 Opfer half zu ignorieren, dass die USA zur Vorbereitung auf ihr militärisches Vorgehen in Afghanistan neue Stützpunkte in Georgien, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan anlegten – in Staaten also, die bis 1990 Bestandteile der Sowjetunion waren.

Ebenso außerhalb des Blickfelds der Weltöffentlichkeit blieb, dass der neue afghanische Präsident Hamid Karzai dem US-Ölkonzern Unocal (United Oil of California, Sitz: Austin, Texas) entstammt, dessen turkmenische Erdöl-Lizenzen am Kaspischen Meer über die lange geplante Pipeline durch Afghanistan und Pakistan mit dem Hafen Karachi verbunden werden sollen. Seit Dezember 2002 baut die Halliburton Inc. (Vorstandschef: US-Vizepräsident Richard Cheney) die Ölleitung.<sup>10)</sup>

## Es geht nicht ums Öl – es geht um die Macht über das Öl

Damit keine Missverständnisse entstehen: Solche Fügungen mögen glücklich zu nennen sein. Aber es geht nach wie vor weniger um Öl als um unbegrenzte Macht. Dann ist die Ausbeutung von Rohstoffquellen ein erfreulicher „Kollateralschaden“, wenn dieses Wort in Anspielung auf militärische Vorgänge hier erlaubt ist.

Der Irak ist der Riegel, mit dem die Kontrolle über die Ölregion Vorderasien gesichert werden kann. Ein Blick auf den Globus genügt:

- 1) Der Irak besitzt hohen militärischen Wert, um die Ölvorräte rund um den Persischen Golf zu sichern. Irak besitzt zudem selbst die zweitgrößten Reserven an hochwertigem Petroleum weltweit. Pipelines zu den türkischen Häfen Ceyhan und Iskenderun oder ins israelische Haifa können den Transport des Rohstoffs in die USA erheblich abkürzen.
- 2) Mit dem Zusammenbruch des Irak wäre Israel der militärisch stärkste Staat im Nahen Osten, gefolgt von der Türkei – zwei treuen Gefolgsmächten der USA, auch wenn manchmal sowohl die Israelis wie die Türken ein wenig aufmucken.

- 3) Zusammen mit US-Stützpunkten in Mittelasien (Turkmenistan, Usbekistan) und im Kaukasusgebiet (Georgien) schafft die Präsenz im Irak die Voraussetzung, um auch die Ausbeutung der prospektierten enormen Erdöl-Vorkommen im Kaspischen Meer und in Turkmenistan kontrollieren zu können.
- 4) Der Zugriff auf die irakischen und kaspischen Ölreserven erlaubt, die Herren über die bislang wichtigsten Ölquellen, die ungeliebten Saudis, die Scheichs in den Vereinigten Emiraten und Kuwait, in die Schranken zu weisen.
- 5) Der Iran wird durch die Besetzung des Irak vollständig von US-Streitkräften umzingelt und damit außenpolitisch wie wirtschaftlich weitgehend bewegungsunfähig gemacht.
- 6) Damit ist auch die Opec erledigt, eines der Haupthindernisse für die USA, den Preis und die Verteilung des weltweit begehrtesten Rohstoffs Erdöl allein bestimmen zu können.
- 7) So gewinnen die USA das Instrument, mit dem sie nahezu die gesamte Staatenwelt in ihrem Sinne steuern können.

### **Der Krieg ist bereits gewonnen**

Zwei ihrer wichtigsten Ziele haben die Köpfe in Washington schon erreicht:

Zum einen haben sich die Uno und der Weltsicherheitsrat unfähig gezeigt, dieses Geschehen zu verhindern. Die Gegner einer militärischen Entwaffnung des Irak im Weltsicherheitsrat hatten tatsächlich niemals eine Chance, den Krieg zu verhindern. Denn eine Entwaffnung durch die UN-Kontrolleure hätte die angestrebte US-Kontrolle über die Region unmöglich gemacht: Im Gegenteil, die Position der Uno wäre gestärkt worden.

Washington gab den Akteuren also keine Gelegenheit, durch einen Abstimmungssieg oder ein Veto zu reüssieren, sondern ließ die Herren De Villepin, Fischer und Iwanow und mit ihnen die UN-Vertreter von acht weiteren Ländern wie dumme Jungen aussehen

Zum Zweiten hat die Nato versagt und sich damit selbst ad absurdum geführt. Da es sich nicht um einen „Bündnisfall“ handelt, wenn die drei Natomitglieder USA, Großbritannien und Spanien gegen den Irak zu Felde ziehen, blieb der Nato lediglich zu entscheiden, ob sie den gefährdeten Natopartner Türkei zu schützen bereit ist. Deutlicher war nicht zu beweisen, dass das Nordatlantische Bündnis aus der Ära des Kalten Krieges stammt und in heutigen Konflikten versagen muss.

Ein weiterer Effekt war vielleicht gar nicht gewollt – obwohl die Wahrscheinlichkeit gegen diese Annahme spricht. Die Europäische Union ist über den Irakkrieg zerstritten wie selten zuvor. Während Frankreich und Deutschland im UN-Sicherheitsrat für eine friedliche Lösung des Konflikts stritten, schlugen sich Großbritannien, Spanien, Portugal, Italien, die Niederlande, Dänemark und die meisten Beitrittsanwärter auf die Seite der USA.

Ein starkes, einiges Europa war für die USA nur wünschenswert, solange es mitten durch Europa eine lange Frontlinie gab, zu deren Verteidigung die USA die Hilfe der Europäer brauchten. Heute ist Europa mit seiner erwiesenen Unfähigkeit, die Konflikte seines Kontinents mit eigenen Kräften zu lösen, nur noch ein teurer Klotz am Bein der USA.

Auch die Stärke des Euro erinnert die Amerikaner ständig an die Schwäche ihres Dollars, der unter dem Druck einer gigantischen Staatsverschuldung und einer miserablen Außenhandelsbilanz laufend an Attraktivität verliert. Aber die USA sind auf den ständigen Zustrom von Vermögen angewiesen, weil sie in geradezu lächerlicher Weise über ihre Verhältnisse leben. – Der Streit in der EU ist also aus amerikanischer Sicht sehr erfreulich, und Donald Rumsfeld handelte gewiss auch mit diesem Hintergedanken, als er das „alte Europa“ gegen das neue beschwor.

Die führenden Politiker Europas verfügten über alle Informationen um zu erkennen, dass die amerikanische Politik auch die Europäer nur noch als Vasallen sieht, nicht länger als gleichberechtigte Partner.

Die Frage bleibt, was einige europäische Staaten – allen voran Großbritannien – dennoch bewogen hat, der Marginalisierung ihrer staatlichen Souveränität nicht nur tatenlos zuzusehen, sondern aktiv daran mit zu wirken. Auffällig ist, dass ausschließlich konservative Regierungen die Kriegspolitik unterstützen – mit Ausnahme Großbritanniens, dessen Prime-Minister zwar der Labour-Party angehört, politisch aber in vielfacher Weise dem erzkonservativen Vorbild Margareth Thatcher folgt.

Rücksicht auf die Interessen der europäischen Erdölkonzerne allein reicht als Erklärung nicht aus:

Frankreichs Staatskonzern Elf-Aquitaine hat ebenso wie die britisch-niederländische Shell oder British Petrol alte Förderlizenzen im Irak, führt aber die Front der Kriegsgegner an. Alte Verbundenheit unter ehemaligen Alliierten ist gewiss auch kein ausreichender Grund – auch hier schert Frankreich aus, dessen politische Kaste sicher nicht „moralischer“ denkt und handelt als andere.

Gewichtiger erscheinen Ängste, die in den jüngsten Erfahrungen der Europäer auf dem Balkan ihre Ursache haben. Hier zeigten die Europäer, dass sie ihre ureigensten Angelegenheiten nur mit massiver Hilfe der USA erledigen können. Die Konflikte in Bosnien, im Kosovo und in Mazedonien sind durch die Waffen der US-Army zurück gedrängt worden, nicht durch die Streitkräfte und erst recht nicht durch das diplomatische Geschick der EU-Minister.

Die Briten und die Dänen als erklärte Euroskeptiker haben ebenso wie die Anwärtler in Ost- und Mitteleuropa lieber auf die atlantische Karte gesetzt – die Briten vermutlich in der fragwürdigen Selbsteinschätzung, von den Amerikanern gleich für gleich akzeptiert zu werden; außerdem wird das Nordsee-Öl langsam knapp. Die anderen wären wohl zufrieden damit, am Katzentisch Platz nehmen zu dürfen. Auch die Motive des Spaniers Aznar und der Ministerpräsidenten von Portugal und Italien liegen vermutlich ähnlich. Diese drei Länder erleben seit Jahren einen Zustrom illegaler Einwanderer aus dem Maghreb. Ihre Angst vor feindseligen islamistischen Regimen in Marokko, Algerien und Tunesien und gewaltigen Flüchtlingsströmen ist groß, darum vertrauen sie lieber auf den Großen Bruder, der schon bewiesen hat, dass er austeilen kann.

## **B) Das Versagen der Medien**

### **Scholl-Latour und sonst nicht viel**

Die Hintergründe für den Irakkrieg werden nach der Lektüre einiger weniger Bücher und regelmäßigen, nicht einmal besonders aufwändigen Recherchen im Internet, sehr rasch deutlich. Dann wird jedem verständigen und politisch interessierten Menschen klar, warum uns der Krieg der USA gegen den Irak direkt etwas angeht:

Gelingt der Plan, werden die europäischen Staaten zum Hinterhof der USA. Dann wird der Hausmeister im Oval Office die Regeln bestimmen – alle Regeln!

Jacques Chirac hat das erkannt, nota bene der Präsident eines Staates, der seine Selbsteinschätzung als „Grande Nation“ nicht einem religiös infizierten Machtpolitiker mit Cowboymanieren opfern will.

Gerhard Schröder und Joschka Fischer, und einige wenige mehr aus Belgien, Österreich und Griechenland, haben ebenfalls begriffen. Ist das Anti-Amerikanismus?

Doch aus den deutschen Medien – Zeitungen, Nachrichtenmagazinen, Sendern – war sehr wenig zu erfahren. Leitartikler und Moderatoren kneteten immer wieder Fragen durch, wie zum Beispiel die Glaubwürdigkeit von Saddam Hussein: ob denn den kiloschweren Abrüstungsberichten zu glauben sei, ob denn die Leute von Hans Blix nicht doch getäuscht werden könnten, etc.

Auf diese Fragen zu antworten fiel leicht – nein, diesem mit allen Wassern gewaschenen Despoten ist nicht zu trauen. Aber für diese simple Auskunft wurden immer die gleichen Experten in die Studios bemüht, die sich in quälend langen Diskussionsrunden darstellen durften. Und die Korrespondenten durften berichten, dass sie nichts mitbekommen haben, außer dass die Kontrolleure durch dieses Tor (Korrespondent weist mit dem Zeigefinger auf ein olivgrün lackiertes Stahltor) eine verdächtige Anlage betreten hätten.

Ein prägnantes Beispiel: Bis zum heutigen Tag verbreiten unsere Journalisten das Wort von den „Palästen“, die sich der irakische Präsident Saddam Hussein habe errichten lassen, während sein Volk unter dem strengen Embargo leiden müsse. Es irritierte offenbar nicht, dass Kenner die private Lebenshaltung Saddams immer wieder als „bescheiden“ gekennzeichnet haben.<sup>1)</sup> Tatsächlich handelt es sich bei den „Palästen“ um eher schmucklose Regierungs-Neubauten, die nach den Zerstörungen des Bombardements des letzten Golfkrieges errichtet wurden – für die Ministerien, für die militärische Führung, für die Geheimdienste. Genauso gut könnte das Kanzleramt in Berlin als Palast Gerhard Schröders diffamiert werden.

Ein weiteres Beispiel: Mehrfach beklagten Zuschauer des gerne gesehenen „Presseclubs“ der ARD am Sonntagmittag, dass immer die gleichen amerikanischen Journalisten eingeladen werden – in der Regel Verteidiger der amerikanischen Linie. Es wäre möglich gewesen, sachlich zu begründen, dass die amerikanische Position in den Sendungen zu Wort kommen soll. Statt dessen gaben sich sowohl Fritz Pleitgen als auch Peter Voß, die sich abwechselnden Gastgeber, pampig. Ist die Meinung der Zuschauer bedeutungslos, gilt hier die Formel „Die Frage ist völlig falsch gestellt“, ist diese Sendeform

eine Spielart journalistischer Onanie?

Seit Monaten versorgen tausende Mitarbeiter der amerikanischen und britischen Regierung und der Streitkräfte weltweit die Medien mit „Nachrichten“. Die Kommunikations-Strategie der kriegführenden Mächte ist bekannt: Die Journalisten mit einem Überangebot an Stoff versorgen. Die PR-Planer der Amerikaner und Briten setzen auf die Bequemlichkeit der meisten Journalisten: wozu mühsam recherchieren, wenn der Stoff für Artikel und Sendungen üppig serviert wird?

Es fällt schwer, glaubwürdige Information von ihrem Gegenteil zu unterscheiden: Desinformation. Seit der Krieg tobt, suggerieren die Medien ihren Nutzern, dass sie seit den Erfahrungen von 1991 vorsichtig geworden sind. Damals hatten die PR-Strategen der Amerikaner für die Medien einen „Video-Krieg“ inszeniert, der mit der Wirklichkeit nichts zu tun hatte.

Die ersten Bilder vom laufenden Geschehen geben nicht viel Hoffnung. Die Bilder zeigen gewaltige Detonationen, brennende Stadtteile. Oder nur ein grünliches Geflimmer. Und die Korrespondenten berichten, was man ihnen vor Ort sagt – wenn sie nicht ein paar Einblicke in ihre persönlichen Ängste und Schwierigkeiten geben. So erfahren die Fernsehzuschauer nichts über Opfer: Es liegt weder im Interesse des Irak noch der Angreifer, das Ausmaß der menschlichen Verheerungen zu benennen. Nein, mit Journalismus hat das wenig zu tun. Wenige Lichtblicke, wenn Urgesteine wie Peter Scholl-Latour oder Ullrich Kienzle die Chance bekamen, sich zu äußern. Solche Kenner des Nahen und Mittleren Ostens, des Islam und seiner Gläubigen, mussten ihre fragenden Kollegen in den Studios schon allzu häufig korrigieren: „Aber darum geht's doch gar nicht ...“

Es hätte gar nicht allzu stolzen investigativen Journalismus gebraucht, um die wichtigsten Widersprüche um die angeblich aufgeklärten Ereignisse des 11. September 2001 auch den Deutschen zu präsentieren – das haben amerikanische Medien längst getan; das Internet ist voll davon.

Allerdings gab es niemals einen journalistisch vertretbaren Grund, warum der Spiegel eine vielseitige Serie unter dem Titel „Was wirklich geschah“ veröffentlichte, sich aber ausschließlich auf die von Pentagon und Weißem Haus abgeseignete Hergangsversion stützte. Abgesehen von völlig fiktiven Storyteilen, die die letzten Minuten an Bord der entführten Passagiermaschinen schildern, oder nutzlosen Interviews, z.B. mit dem Vater von Mohamed Atta, einem der vorgeblichen Haupttäter.

Kein Wort über die inzwischen durchgesickerten Wahrheiten, welche Rolle Osama bin Laden seit etwa 1980 für die CIA wahrnimmt – nicht recherchiert. Kein Wort über die Beziehungen der Familie Bin Ladens mit den Bushs: beide sind über die Carlyle Group Incorporation, die weltweit größte Investitionsbank im Rüstungssektor, miteinander geschäftlich verbunden – sehr wohl recherchiert, aber bewusst unterdrückt.

Eine Recherche in diese Richtung hätte womöglich ergeben, dass ein wirksames Vorgehen gegen den islamistisch geprägten Terror sich gegen die Prinzenгарde im saudischen Königreich und gegen ihre feudalen Standesgenossen in den Golf-Scheichtümern richten müsste – also offizielle Verbündete der USA. Was soll das, wenn jeder interessierte Bürger in ausländischen Medien und im Internet, z.B. im britischen Guardian vom 23. Oktober 2001? <sup>12)</sup>, den Sachverhalt nachlesen kann. Die Ausgabe des Spiegel vom darauffolgenden Montag zitiert sogar aus dem Artikel der indischen Journalistin Arundhati Roy, streicht aber die entscheidenden Sätze.

Geht die Furcht, des Anti-Amerikanismus geziehen zu werden, so weit, dass bewusst und bereitwillig unbequeme Nachrichten aus einem Nachrichtenmagazin herausgehalten werden, das sich immer noch rühmen darf, eines der Leitmedien zu sein?

Im Axel Springer Verlag haben die Redakteure eindeutige Weisung bekommen, deutlich für die Absichten der Amerikaner einzutreten. Dementsprechend haben die Leser von Bild, Welt oder Hamburger Abendblatt noch an eine Isolierung der deutschen Außenpolitik glauben müssen, als im Welticherheitsrat die Stimmen elf zu vier gegen eine kriegserische Austragung des Konfliktes standen.

## **Recherche unerwünscht**

Wie zerrissen die amerikanische Öffentlichkeit über die Frage: Krieg ja oder nein ist, haben nur wenige deutsche Medien angedeutet – darin den amerikanischen Medien gleichend. Der Verdacht liegt nahe, dass die deutschen Korrespondenten aufgeschrieben und in die Kameras gesprochen haben, was sie aus dem angebotenen Material der Washingtoner PR-Stäbe abkupfern konnten. Sich selbst durchfragen, nicht nur Antworten hören, sondern auch Motive aufdecken, ist in der Tat aufwändiger. Dass sich in den Vereinigten Staaten nur wenige trauen, öffentlich an der offiziellen Version von den Vorgängen rund um den 11. September 2001 zu zweifeln, hat gute Gründe. In Folge der Anschläge

wurden Gesetze und Erlasse geschaffen, die jeden Akt von „unpatriotischem Verhalten“ mit scharfen Sanktionen belegen („Patriot Bill“).

Dennoch gibt es ein massives Misstrauen in die offizielle Version. Die diesbezüglichen Veröffentlichungen von Michel Chossudovsky<sup>13)</sup> oder Noam Chomsky, ebenso der deutsche 2001-Bestseller von Mathias Bröckers, zitieren gewiss nicht nur aus eindeutig seriösen Quellen. Aber diese Bücher sind rühmenswerte Fleißarbeiten. Bei Bröckers finden sich über 300 Belegstellen – schon eine Zufallsauswahl offenbart erstaunliche Einblicke, die kaum eine deutsche Zeitung bietet.

Gänzlich unverständlich wird all das Gefasel um Massenvernichtungswaffen und Diktatorenwillkür, wenn es um die offen zutage liegende Motivation für das amerikanische Engagement im Mittleren Osten geht. Die Gedanken von Perle, Wolfowitz & Konsorten sind seit Jahren veröffentlicht und übersetzt. Der Titel „Kampf der Kulturen“ von Samuel Huntington kam nach den Septemberanschlägen gar zu Bestseller-Ehren. Kann es möglich sein, dass die politischen Redakteure keine Zeit mehr zum Lesen haben?

### **Nie mehr zum Surfen nach Key West?**

Oder ist es noch einfacher? Bangt da jemand um seine Einreisegenehmigung in die USA, wenn er Kritisches veröffentlicht hat? Werden ihn die amerikanischen Freunde noch mögen, wenn er über die Verstrickungen von Al-Quaida und CIA berichtet? Wem nützt es denn, mehr über die geschäftlichen Beziehungen der amerikanischen Millionärsfamilie Bush zur saudischen Milliardärsfamilie Bin Laden zu erfahren?

Der Publizist Mathias Kepplinger hat die Prozesse durchleuchtet, die auch bei Journalisten rasch zu den „einfachen“ Sichtweisen eines Problems führen – ein gruppenspezifisches Phänomen.<sup>14)</sup> Exakt dagegen hilft die geduldige und geschliffene Recherche. Der Skandal liegt darin, dass sie unterblieb. Im europäischen Ausland zeigt sich – nach Stichproben – ein vergleichbares Bild. Die Reglementierung der journalistischen Arbeit ist in den Blättern und Sendern der Murdoch-Gruppe wohl noch ausgeprägter als im Verlagshaus Springer. Die Faktenveredler und Kulissenbauer in den Stäben der US-Administration können in Europa glänzende Erfolge feiern.

Nirgendwo ist die Gefahr der Marginalisierung einer souveränen Politik der europäischen Staaten früh und eindringlich thematisiert worden. Die Politik war dazu nicht in der Lage, das verbieten die Regeln der Diplomatie. Presse, Funk und Fernsehen tappten in die Fallen der US-Kommunikationsstrategen, plapperten über Gefahren durch Pockenviren und diskutierten die Opferbilanz des Saddam'schen Terror-Regimes – selten war so viel tönendes Nichts.

Die Medien hatten ihre Chance: Sie hätten öffentlichen Widerstand gegen die imperialen Pläne der US-Regierung aufbauen können – mit wahrscheinlichen Rückwirkungen von Europa auf die amerikanische Öffentlichkeit. Bushs Amtsvorgänger Abraham Lincoln war sicher, und es gilt ebenso noch heute:

*„Gegen den Willen der Öffentlichkeit kann nichts gelingen.“*

### **Anmerkungen**

<sup>1</sup> Internetseiten der Royal Air Force [www.raf.uk](http://www.raf.uk)

<sup>2</sup> zitiert nach Bonner General-Anzeiger vom 19.03.2003

<sup>3</sup> Paul Wolfowitz: „Issues on Foreign Affairs“, New York 1993, zitiert nach Noam Chomsky „The Attack. Hintergründe und Folgen“, Hamburg 2002

<sup>4</sup> deutsch: Zbigniew Brzezinski „Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft“, Frankfurt 1999

<sup>5</sup> deutsch: Samuel Huntington „Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert“, Hamburg 1996

<sup>6</sup> so Jean-Charles Brisard / Guillaume Dasquié in: „Die verbotene Wahrheit. Die Verstrickungen der USA mit Osama bin Laden“, Zürich 2002

<sup>7</sup> siehe dazu Mathias Bröckers: „Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.“, Frankfurt 2002

<sup>8</sup> „Le Figaro“ vom 11. Oktober 2001, zitiert nach Bröckers a.a.O.

<sup>9</sup> „The Guardian“ vom 27. Mai 2002, [www.guardian.co.uk](http://www.guardian.co.uk)

<sup>10</sup> Lutz Klevemann: „Der Kampf um das heilige Feuer. Der Wettlauf der Weltmächte um das Öl vom Kaspischen Meer“, Berlin 2002

<sup>11</sup> so eine von mehreren amerikanischen Fernsehanstalten in Talkshows der letzten Wochen präsen-

tierte, angebliche ehemalige Geliebte, aber auch ernst zu nehmende Besucher

<sup>12</sup> zitiert nach Bröckers, a.a.O.

<sup>13</sup> Michel Chossudovsky: „Global Brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg“, Frankfurt 2002

<sup>14</sup> Mathias Kepplinger: „Die Kunst der Skandalierung und die Illusion der Wahrheit“, München 2001